

824/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Barbara Prammer, Mag. Andrea Kuntzl, Dr. Caspar Einem und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend der Gleichstellung von Geschlechtern

Die seit Jahrzehnten durch eine fortschrittliche Frauenpolitik der Sozialdemokratie gewährleistete Vorantreibung der Gleichstellung der Geschlechter wird durch die derzeitige rechtskonservative Bundesregierung und den Maßnahmen, die sie setzt, massivst gefährdet. Frauenpolitik wird zunehmend zur Mütterpolitik degradiert und die Bedürfnisse der Frauen als Individuen werden in zunehmenden Maße marginalisiert und zugunsten eines patriarchalen Familienbildes gesellschaftspolitisch eingetauscht.

Die Aufrechterhaltung und der Ausbau der Gleichstellung am Arbeitsmarkt ist Voraussetzung für die Erstellung der Möglichkeiten einer autonomen Lebensplanung und Lebensführung für Frauen. Diese Gleichstellung bedarf sowohl gesetzlicher, als auch sozialer Maßnahmen, um die notwendige Sensibilisierung, aber auch rechtliche Absicherung gewährleisten zu können.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. Mit welchen Maßnahmen wird die Stärkung der Gleichstellungsinstitutionen auf allen Ebenen ihres Ressort gewährleistet werden?
2. Durch das Bundesministeriengesetz haben sich die Ressorts gravierend geändert, dadurch sind Frauenförderungspläne, die erst vor kurzem beschlossen wurden, obsolet geworden. Bis wann werden neue Frauenförderpläne für ihr Ressort vorliegen und diese per Verordnung veröffentlicht werden?
3. Wieviele Frauen sind derzeit (siehe Änderung des Bundesministeriengesetzes) in ihrem Ressort in Leitungspositionen tätig?
4. Wie hoch ist das Planstellensoll bis 2003 in ihrem Ressort.

5. Welche Leitungsfunktionen wurden in den letzten zwei Jahren in ihrem Ressort vergeben und wieviele Frauen sind bei der Betrauung einer Leitungsfunktion berücksichtigt worden?